

Fraktion DIE LINKE / GAL im Rat der Stadt Kamen

Rede zum Haushalt 2011

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine
Damen und Herren,

wir sind hier, um über den Haushalt der Stadt
Kamen zu diskutieren und später
abzustimmen. Doch eigentlich ist es fast nichts,
über das wir entscheiden können, denn den
Kommunen ist in den letzten Jahren der Boden
unter den Füßen weggezogen worden. Immer
mehr Aufgaben kamen von Land und Bund
hinzu – immer weniger Einnahmen wurden
ihnen zugebilligt.

Im Artikel 28, Absatz 2 des Grundgesetzes, der
den Gemeinden das Recht auf kommunale
Selbstverwaltung garantiert, heißt es: „Den
Gemeinden muss das Recht gewährleistet
sein, alle Angelegenheiten der örtlichen
Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in
eigener Verantwortung zu regeln.“ Soweit zur
Theorie, denn die Realität sieht wahrlich
anders aus. Dabei sind es verschiedene
Prozesse, die in den Kommunen für veränderte
Rahmenbedingungen sorgen und die

Grundlagen ihrer Selbstverwaltung zerstören. Neben wegbrechenden Einnahmen ist es insbesondere der explodierende Anstieg bei den Sozialausgaben, der kommunale Zusammenschlüsse wie den Deutschen Städtetag Alarm schlagen lässt

Die neoliberale Wirtschaftspolitik hat dafür gesorgt, dass die öffentlichen Kassen durch wegbrechende Steuereinnahmen chronisch unterfinanziert sind – bei den Kommunen war dies die Grunderwerbsteuer, aber es waren auch die vermehrten Möglichkeiten der Unternehmen, sich durch buchungstechnische Tricks ganz der Steuerverpflichtung zu entziehen. Die Senkung der Mehrwertsteuer für Übernachtung – mit der anschließenden Spende an die FDP – ist da nur ein kleines Schmankerl, das bestätigt, was wir seit Jahren gesagt haben.

Die Wirtschaftskrise und das Handeln der Bundesregierung bei der Bankenrettung – ohne klare Konsequenzen zu ziehen und das Geschäft mit dem Geld etwas zu regulieren (schon heute wird das Lied „Boni gibt es immer

wieder“ gesungen) – hat den Staat bis jetzt eine dreistellige Milliardensumme gekostet.

Fazit: Die anderen 4 Parteien der Ratsfraktionen haben in wechselnden Regierungen dafür gesorgt, dass die Kommunen kaum mehr Spielräume haben.

Über unsere Vorschläge, wie die öffentlichen Finanzen saniert werden können, haben wir im letzten Jahr gesprochen. Klar ist, ohne eine grundlegende Reform der kommunalen Einnahmesituation kann in Kamen auch auf Dauer kein Haushaltsausgleich gelingen.

Übrigens: auch die Einführung eines entsprechend hohen Mindestlohns würde mittelbar den Kommunen helfen: die horrend hohe Zahl der „Aufstocker“ – Menschen, die obwohl sie arbeiten, auf ALG II angewiesen sind – ginge zurück.

Erst vor knapp sieben Monaten haben wir über den Haushalt 2010 hier beraten – und diesen eigentlich überhaupt nicht diskutiert. Denn allen war klar, dass der Haushalt 2010 – und es wird beim Haushalt 2011 auch so sein – nur

einen Buchungsrahmen darstellt. Denn relativ kurzfristig ist kein Ausgleich zu erzielen.

Wenn überhaupt! Die Umstellung auf NKF führt dazu, dass immer mehr städtischer Besitz abgeschrieben wird und irgendwann ist die Stadt Kamen halt nichts mehr wert.

Betriebswirtschaftlich sinnvoll – für eine dem öffentlichen Wohl verpflichtete Kommune aber unsinnig. Hier muss sich – was den gesetzlichen Rahmen der Haushaltsführung angeht – etwas ändern.

Zurück zum März: Wichtig war nur das HSK.

Wir haben zu Beginn des Jahres als erste Fraktion überhaupt zum HSK-Entwurf Stellung bezogen. Dabei stellten wir klar, dass die Bereiche Soziales, Jugend und Schule bei den Einsparungen ausgenommen werden müssen. Die Ausgaben der Stadt Kamen in diesen Bereichen sind unverzichtbar. Die Folgekosten für Streichungen in diesen Bereichen sind unkalkulierbar.

Insgesamt 8 Posten des HSK, die wir abgelehnt haben, fließen in ihren Einsparungen in den Haushalt 2011 ein. Gelder, die in den

Bereichen Schule, Kultur, Jugend und Sport fehlen werden. Da wir dem HSK nicht zugestimmt haben, können wir folgerichtig auch dem Haushalt 2011 nicht zustimmen.

Nur ein Beispiel: durch die Reduzierung der Zuschüsse an die Sportvereine sinkt der Fördersatz je organisiertem Sportler von 4,73 € im Jahr 2009 auf 2,63 € in 2011 – also fast auf die Hälfte.

Gespart wird auf jeden Fall im Bereich Kultur. Die SPD lobt hier vor allem das bürgerschaftliche Engagement – dem schließen wir uns an.

In Zeiten der Krise wird hier zuerst nach Einsparungen gerufen. Doch Kultur braucht Geld. Sonst fände Kultur nur noch wie bei den mit Werbung finanzierten privaten Fernsehkanälen á la RTL 2 oder den mit Werbung finanzierten Glanz-Illustrierten statt. Mehr Angst machen uns natürlich die Einsparungsvorschläge des Kreises!

Die Aufwendungen für kulturelle Veranstaltungen fallen von 680.000 € im Jahr 2009 um 140.000 €, also um rund 20 %. Das liegt

zwar auch an Personaleinsparungen innerhalb der Stadtverwaltung, aber die Aufwendungen für die Veranstaltungen gehen um 18,6% zurück – gegenüber dem letzten Jahr mit der Reihe „Ruhr 2010“ sogar um rund 30%.

Über die Einsparungen bei den Personalkosten für die Lehrerinnen und Lehrer an der Musikschule, die über das HSK in den Haushalt einfließen, und unsere Kritik daran, haben wir bei der letzten Beratung Hinreichendes gesagt.

Überhaupt ist der Bereich Kultur recht oberflächlich bearbeitet worden. Als Ziele der Kulturarbeit sind unter anderem die „Künstlergasse Weiße Straße“ und der Beitrag zur Kulturhauptstadt 2010 genannt. Ein Projekt ist weggefallen, das andere im nächsten Jahr Vergangenheit.

Aber wir wollen auch nicht versäumen zu sagen, dass wir dem Haushalt und dem Wirtschaften der Stadt auch Positives abgewinnen können. Es sind in ihm keine Leuchturnprojekte enthalten und Strukturen bleiben erhalten. An dieser Stelle wollen wir

vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bereich Jugendhilfe, die gestützt durch den Förderverein FörJu sehr engagiert und fantasievoll Lösungen im Sinne der Jugendlichen und Kinder erarbeiten.

Wir danken auch dem Kämmerer, Herrn Mösgen, für seine Arbeit und seine Bereitwilligkeit, uns aufmerksam zuzuhören und der auch Wünschen unsererseits, was die Präsentation des Haushaltes anbelangt, offen gegenüber steht. Hoffentlich wird der nächste Haushalt ja transparenter in seiner Darstellung. Nicht nur wir würden uns darüber freuen.

Zuletzt noch etwas Grundsätzliches:

Die Umstellung der kommunalen Haushaltssystematik von der Kameralistik auf das NKF darf in der Praxis auf keinen Fall zu einem weiteren Einzug betriebswirtschaftlicher Philosophie in die Kommunalverwaltung führen. Hier gilt: Kommunale Leistungen sind keinesfalls „Produkte“, Schulen und Kinderbetreuung sind keine Handelsware.